

Nein zur Umgehung

Stadtrat befasste sich mit den Anträgen aus Vach - 26.07. 19:00 Uhr

FÜRTH - Die Bürgerversammlung in Vach hat dafür gesorgt, dass der Stadtrat in der letzten Sitzung vor der Sommerpause viel zu tun hatte: Eineinhalb Stunden dauerte es, die Anträge der Bürger abzuarbeiten. Das Wichtigste vorweg: Die Westumgehung wurde einstimmig abgelehnt, zur Talquerung sagten die Räte: „vielleicht“.



Keinen Zweifel an ihrem „Nein“ zur Westumgehung ließen Bürger, die zur Sitzung des Stadtrats gekommen waren. Später konnten sie beruhigt nach Hause gehen: Auch die Kommunalpolitiker lehnen die Straße ab.

Foto: Mark Johnston

Mit vielen Gästen war nach der hitzigen Diskussion in Vach zu rechnen. Und tatsächlich mussten sich im Sitzungssaal etliche, die verfolgen wollten, wie die Stadträte über die Anträge aus der Bürgerversammlung abstimmten, mit Stehplätzen begnügen. Oberbürgermeister Thomas Jung plädierte einmal mehr dafür, das vom Freistaat geplante Straßenprojekt, das in Vach auf entschiedene Ablehnung gestoßen war, in zwei Teilabschnitten zu betrachten: ein langes Stück südlich der Herzogenaauracher Straße (bis zur Südwesttangente) und ein viel kürzeres Stück nördlich davon (bis zum Frankenschneidweg) — die so genannte Hüttendorfer Talquerung, die seit langem von der Stadtspitze befürwortet wird.

Nach der Bürgerversammlung seien mehrere Bürger auf ihn zugekommen, die betont hätten, nichts gegen die Hüttendorfer Talquerung zu haben, berichtete der OB; zudem habe er viele Unterschriften aus Mannhof und Stadeln bekommen, die sich von der Talquerung die dringend erforderliche Verkehrs-Entlastung erhoffen.

Es sei in Vach „ein Stück Dynamik entstanden, die zu falschen Eindrücken führte“, sagte Jung und betonte: Der Stadtrat habe einer großen Umgehungsstraße im Westen Fürths, wie sie nun vom Freistaat geplant wird, nie zugestimmt. Seit Jahrzehnten sei man sich über die Parteigrenzen hinweg einig darüber, dass diese Straße nicht gewollt sei. Dass sich an der Position nichts geändert hatte, zeigte die folgende Diskussion. „Der falsche Ansatz“ sei die **Westumgehung**, sagte etwa Tobias Wagner (CSU). Sämtliche Stadträte, die sich nach ihm zu Wort meldeten, sprachen sich ebenfalls gegen die Staatsstraße aus. Einstimmig wurde beschlossen, dem Freistaat mitzuteilen, dass die Stadt Fürth gegen eine Staatsstraße südlich der Herzogenaauracher Straße ist.

Heikler war in Jungs Augen die Frage zu beantworten, ob die Trasse gleich auch aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen werden sollte. Neben Wagner sprachen sich der fraktionslose Siegfried Tiefel und Grünen-Rat Harald Riedel („Nur die Herausnahme ist ein Signal!“) dafür aus. Eine solche Entscheidung bedeute aber, so Jung, dass jeder Landwirt künftig dort eine Scheune hinstellen könnte, wo die Trasse geplant war. Er selbst würde zwar, „so lange ich hier sitze, nie für diese Straße sein wollen“, auch sei seiner Ansicht nach die Zeit der großen Straßenbaumaßnahmen vorüber — dennoch müsse man sich überlegen, ob man nachfolgenden Generationen nicht „den Spielraum“ lassen sollte. Schließlich wisse man heute nicht, wie der Verkehr später einmal aussehen werde. Einzig Kurt Georg Strattner (FDP) stimmte dann aber dagegen, den Flächennutzungsplan entsprechend zu ändern.

Nächster Punkt auf der Agenda war: die **Hüttendorfer Talquerung**. Überrascht habe es ihn, so Jung, dass der alleinige Bau dieses Teilabschnitts nach Berechnungen des Freistaats den Fürther Norden gar nicht so sehr entlasten würde. Sein Vorschlag: Das Staatsstraßenbauamt sollte aufgefordert werden, den Bau der Hüttendorfer Talquerung noch einmal „vertieft zu untersuchen“ — und zwar unter der Annahme, dass Herzogenaaurach ebenfalls eine Umgehung (bei Niederndorf) baut. Die sei nämlich geplant. Beide Straßen zusammen könnten Fürth möglicherweise erheblich entlasten. Mit zwei Gegenstimmen der Grünen wurde der Vorschlag angenommen, ergänzt durch den Hinweis von Tobias Wagner, die Belastung Vachs bei Hochwasser speziell zu berücksichtigen. Über die Ergebnisse der Untersuchung sollte dann, so Wagner, der Fürther Norden informiert werden — „und bitte besser vorbereitet als beim letzten Mal“. Die weiteren Ergebnisse im Überblick:

Flüsterasphalt: Künftig, so ein Antrag aus der Bürgerversammlung, solle bei Aus- und Umbau bzw. bei der Sanierung der Ortsdurchfahrt in Vach ausschließlich lärmoptimierter Asphalt verbaut werden. Sepp Körbl (SPD) schlug vor, den Antrag aufs gesamte Stadtgebiet zu erweitern: „Wir möchten keine Lex Vach kreieren“, schließlich habe die gesamte

Stadtbevölkerung dieselben Rechte. Tobias Wagner warnte davor, dass der Spezial-Asphalt in Zukunft zur Gefahr für Kinder und ältere Menschen werden könnte: Wenn ein Elektroauto drüber fährt, „hört man das nicht“. Baureferent Joachim Krauß wies derweil darauf hin, dass dieser Straßenbelag bei geförderten Maßnahmen nicht immer anerkannt werde. Der einstimmige Beschluss: Wo immer es sinnvoll sei sowie insbesondere bei der Vacher Ortsdurchfahrt, soll Flüsterasphalt verwendet werden.

Runder Tisch: Der Antrag, „zur Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes für den Fürther Norden“ einen Runden Tisch einzurichten, wurde einstimmig angenommen. Über die Besetzung sollen sich der Antragsteller Gerhard Ritter und Baureferent Joachim Krauß Gedanken machen. Auch wird nach Ferienende in Vach eine neue **Verkehrszählung** vorgenommen. Ebenfalls einstimmig beschlossen wurde, dass **Bürgerversammlungen** künftig — nach Zustimmung des Stadtrats — „zeitnah“ vor „gravierenden Entscheidungen“ abgehalten werden sollen.

VON CLAUDIA ZIOB

FÜRTH
Nachrichten
